

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Wertages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die zweite Augusthälfte 500000 M., freibleibend. Einzelverkaufspreis 40000 M.

Redaktion: Johannstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion.

1926 nur Geschäftsstelle.



# Lübecker

# Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 192.

Sonnabend, 18. August 1923.

30. Jahrgang.

## Fort mit Havenstein!

Das Steuer- und Finanzprogramm der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat in seinem wesentlichen Teil bei fast allen bürgerlichen Parteien Zustimmung gefunden und es harzt jetzt seiner Durchführung. Aber darüber muß man sich klar sein, daß es sich hier nicht um ein Programm auf langer Sicht handelt, sondern in erster Linie um einen energischen Eingriff mit dem Zweck, aus der vollkommen verfahrenen Finanzlage des Reiches, die Cuno hinterlassen hat, herauszukommen. Wir müssen deshalb weitere Vorschläge vorbereiten, die die Grundlage abgeben für eine dauernde Behebung unseres finanziellen Verfalls.

Nachdem festgestellt ist, daß wir entgegen der bisherigen Annahme im Jahre 1922 keine passive, sondern eine aktive Handelsbilanz hatten und auch in diesem Jahre eine starke Passivität der Handelsbilanz bisher nicht zu verzeichnen ist, läßt sich die übermäßige Nachfrage auf dem Devisenmarkt nur erklären durch das Bestreben, Kapitalanlagen in fremden Noten und Devisen zu suchen. Dazu kommt, daß der Exporthandel seine Forderungen zum Teil in dem Auslande stehen läßt. Um diesen Nebeln zu steuern, gibt es nur zwei Mittel: Herausgabe wertbeständiger Anleihen, zu denen sich die vergangene Regierung trotz aller Mahnungen der Sozialdemokratie erst aufraffte, als ihr das eigene Haus fast über dem Kopf zusammenbrach, und zwangsweise Abgabe der Exportdevisen. Lockert die Regierung die Außenhandelskontrolle durch Aufhebung der Außenhandelsstellen, so treiben wir reitungslos dem weiteren Verfall entgegen. Einem derartigen Schritt kann von der Sozialdemokratischen Partei nicht scharf genug entgegengetreten werden.

Gegenwärtig wird selbst in Bankkreisen der Besitz an ausländischen Zahlungsmitteln in Deutschland auf zwei Milliarden Mark geschätzt. Diese Summe, die uns viel zu gering scheint, wird von der deutschen Wirtschaft aber keineswegs notwendig gebraucht. Beschlagnahmt die Regierung nur die Hälfte der Devisen im Austausch gegen wertbeständige Anleihen, so wird ein weiteres Steigen des Dollars verhindert. Eine derartige Maßnahme halten wir schon deshalb gerade gegenwärtig für das einzig wirksame Mittel zur Hemmung der drohenden Katastrophe, weil die neuen Reichen, wie die Besitzenden überhaupt, auch jetzt wieder den Versuch machen, die an den Staat zu entrichtenden Abgaben aus der Inflation zu bezahlen und keineswegs daran denken, ihre Devisen als Ausgleich für die Steuern auf den Markt zu bringen. Es gilt endlich mit Energie durchzugreifen und vor den schärfsten Maßnahmen und Strafen nicht zurückzuschrecken. Noch unter der alten Regierung hat zwar die Industrie den Versuch gemacht, sich von Zwangsmahnahmen mit 50 Millionen Dollar loszukaufen. Aber dieses Zugeständnis bindet das neue Kabinett keinesfalls, zumal es inzwischen zu einem weiteren Betrage ausgenutzt wurde. Ein kleiner Betrag an Devisen ist herausgegeben worden, die Bestände wurden aber durch neue Ankäufe an der Börse sofort wieder aufgefüllt.

Herr Havenstein hat den Spekulanten durch seine Papiermarkkredite, die in die Billionen gehen, das Geschäft glänzend erleichtert. Vorläufig denkt er keineswegs daran, seine bisherige Kreditpolitik aufzugeben, sodaß, solange dieser Mann Leiter der Reichsbank ist, schließlich jeder Versuch, dem Marktwertfall Einhalt zu gebieten, vergeblich sein muß. Das Gelingen jeder Interventionspolitik und aller finanziellen Maßnahmen, die als Möglichkeiten zur Linderung der schlimmsten Not des Volkes gedacht sind, sehen deshalb das Verschwinden Havensteins und seiner Mitarbeiter voraus. Ihre immer negative Haltung gegenüber den dringenden Notwendigkeiten der Wirtschaft würde in jedem anderen Lande genügt haben, sie aus verantwortlicher Stellung zu entfernen. Havenstein wie seine Mitarbeiter haben sich gegen jegliche Stützungsaktion, gegen den wertbeständigen Wechsel, gegen scharfe Diskontenerhöhung, kurz gegen alles gewandt, was auf währungspolitischen Gebiete von denen verlangt worden ist, die dem verzweifeltsten Niederrück unserer Währung Einhalt zu tun versuchten. Besitzen

sie weiterhin den sonderbaren Charakter, trotz der vom Reiche für notwendig erachteten Politik, die ihren Ansichten nicht entspricht, den Rücktritt nicht einzureichen, sondern bei allem Mißtrauen des größten Teiles unserer Bevölkerung weiterhin gegen das zu arbeiten, was vom Finanzministerium für notwendig erachtet wird, dann muß schnellstens zur Aenderung des Autonomiegesetzes geschritten werden. Dieses Gesetz, das am 26. Mai 1922 auf Verlangen der englischen Regierung entstand, sichert sowohl die Stellung des Reichsbankpräsidenten, wie die des Reichsbankdirektors auf Lebenszeit. Die Koalitionsparteien des Reichstages aber haben sich bitter getäuscht, als sie bei Herrn Havenstein sozial Charakter voraussetzten, daß er, wenn er sieht, für seine Kreditpolitik in den Reichsinstitutionen keine Unterstützung zu finden, jetzt endlich selbst seinen Posten nehmen würde. Die Sozialdemokratie verlangt deshalb, falls Havenstein nicht innerhalb drei Tagen verschwindet, die Einberufung des Reichstages zur Aenderung des Autonomiegesetzes. Mit Schimpf und Schande wird dann zum Nutzen unseres Volkes ein Mann davongejagt werden, der sich jetzt seit Monaten einen sonderbaren Anschein gibt.

Außer der Zwangsabgabe von Devisen und dem Zwang zum Rücktritt Havensteins sind für die Zukunft aber noch weitere Maßnahmen notwendig. Die einmalige Abgabe größerer Steuerbeträge hilft uns nur für einen kurzen Zeitraum. Wir müssen zunächst zu einer anderen Veranlagung in der Einkommen- und Vermögenssteuer kommen, die vor allen Dingen eine Verschleierung der Vermögen verhindert. Außerdem ist die Einführung von Monopolen notwendig. Die Erhebungs- und Kontrollkosten, die z. B. heute bei der Tabak- und Zündholzsteuer entstehen, machen den Ertrag der Steuer illusorisch und unterhalten ein ganz überflüssiges Beamtenheer. Die einfachste Lösung ist ein Handelsmonopol für den Vertrieb dieser Waren. Die Produktion bleibt hierbei unberührt. Die Fabrikanten müssen in einer festzulegenden Form ihre Fabrikate an das Monopol abliefern. Dadurch hört die umständliche Steuerkontrolle an der Produktionsstätte auf.

Das Monopol kann in Form einer Aktiengesellschaft aufgebaut werden, deren Aktien sich in der Mehrheit im Besitz der Reichsfinanzverwaltung befinden. Sie läßt den Händlern die Beteiligung an Aktienverkauf offen. Jede andere Entschädigung wird abgelehnt, evtl. könnte man ältere Personen je nach ihren Vermögensverhältnissen mit einer Lebensrente abfinden. Damit würden 60 bis 75 Prozent der Tabakläden verschwinden und die von der Monopolverwaltung beibehaltene geringere Zahl von Geschäften das Personal voll beschäftigen sowie die großen Zwischenhandelsgewinne der Finanzkasse des Reiches zufließen. In diesen Läden der Monopolgesellschaft würden unter Ausschaltung aller anderen Verkaufsstätten Tabak und Tabakfabrikate, Zündhölzer und im Kleinverkauf die Erzeugnisse der Spiritusmonopolverwaltung zum Verkauf kommen. Damit dürfte auch für die Zündholzsteuer eine einfache und wirksame Kontrolle bestehen. Ob man später noch den Vertrieb anderer Waren angliedert, wird im einzelnen zu prüfen sein.

Der vorstehende Vorschlag verweist auf keinen unbekanntes Weg. In anderen Ländern haben sich diese Monopole bereits zu einer starken Finanzquelle entwickelt. Lassen wir uns nicht durch den Lärm der Interessenten betören, denn die Zeit erfordert entschlossenen Zugriff, wir kommen sonst vor lauter Wimmeln und Äber nicht einen Schritt vorwärts. Es wird heute so viel davon geredet, daß wir mehr arbeiten müssen. Nun wohl! Der Zustand, daß heute Hunderttausende im Laden stehen, um kündlich einen oder zwei Kunden zu bedienen und von dieser Arbeitsleistung ihre Lebenshaltung bestreiten wollen, bedeutet eine Verschwendung an Arbeitskraft. Volkswirtschaftlich können wir das heute weniger denn je ertragen. Hier können wir eine Defonomie betreiben, deren Berechtigung jedem Einsichtigen klar wird.

nahmen zur sofortigen Auszahlung der Pensionen, Hinterbliebenen- und Teuerungszulagen in allen Verwaltungen des Reiches zu treffen.

## Ein Riesendefraudationsprozeß in Petersburg

St. Petersburg, 16. August.

Gestern gelangte vor dem obersten Tribunal in Petersburg ein sensationeller Prozeß zum Abschluß. Angeklagt waren 65 leitende Beamte, Angestellte und Kommissionäre der Nicolai-Bahn, die sämtlich umfangreicher Veruntreuungen beschuldigt waren. 9 Angeklagte wurden zum Tode durch Erhängen verurteilt, darunter der stellvertretende Chef der Nicolai-Bahn. 52 Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafen von 1—10 Jahren verurteilt.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht schwachste Peltzeile oder deren Raum 40000.— Mark, auswärtige 45000.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 38000 M., für Reklamen 180000 M.

Geschäftsstelle: Johannstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle  
1905 nur Redaktion.

## Nach dem „Generalstreik“.

15er-Ausschuß oder Gewerkschaften?

Von Richard Seidel.

Der Generalstreik in Berlin und anderwärts ist vorüber und er wäre fast schon vergessen, wenn nicht neue Verwirrung und tiefere Erbitterung innerhalb der Arbeiterklasse als seine Nachwirkungen übriggeblieben wäre. Diese Nachwirkungen zu schwächen, die Verwirrung wieder zu beheben und die Erbitterung zu mildern, wird die Aufgabe sein, die dem nicht zum kommunistischen Lager gehörenden Teil der Arbeiterklasse aus dem Ergebnis des Generalstreiks erwächst. Dazu ist Klarheit notwendig über alle Dinge, die mit dieser jüngsten Bewegung der Kommunisten zusammenhängen.

Die furchtbare Lage in der vorigen Woche schien in der Tat günstige Vorbedingungen für eine kommunistische Aktion geschaffen zu haben, so daß das Vorgehen der Kommunisten nicht überraschte. Wie falsch ihre Rechnung dennoch war, ist hier von Anfang an dargelegt worden. Neben den hier schon früher ausgeführten Gründen für das Fiasko haben aber auch innere Unzulänglichkeiten der Bewegung, die offizieller Träger dieser Aktion gewesen ist, zu dem schnellen Untergange beigetragen, und diese inneren Gründe für den Zusammenbruch verdienen ebenfalls ernsthafteste Beachtung.

Der Streik in Berlin ist ausgerufen worden vom Fünfzehner-Ausschuß, und auch in Mitteldeutschland lag die Führung der Aktion in der Hand ähnlicher, aus einer gewissen Zusammenfassung der Betriebsräte hervorgegangener Körperschaften. Neuberlich-organisatorisch stellen diese Körperschaften, mitamt der um sie herum gruppierten Strömung, sich dar als eine Wiederkehr der ehemaligen „selbständigen“ Rätebewegung, allerdings in verkümmelter Form. Innerlich ist der Fünfzehner-Ausschuß allerdings nur Produkt und Mittel der kommunistischen Partei, von der er geistig und materiell abhängt. Lediglich aus demagogischen Gründen umkleidet er sich mit der Hülle der Unparteilichkeit, indem er in seinen Vollversammlungen die Betriebsräte aller Richtungen zu dem vereinigt, was die Kommunisten die „Einheitsfront“ nennen. In Wirklichkeit führt diese „Unparteilichkeit“ auf der einen, das Verbundensein mit der KPD. auf der anderen Seite und die — im ganzen betrachtet — sich daraus ergebende Unbestimmtheit der Stellung dieses Ausschusses im Rahmen der gesamten Arbeiterbewegung nur dazu, daß dieser Ausschuß für seine Handlungen keiner Körperschaft und keinem Menschen gegenüber die Verantwortung zu tragen braucht. Der Fünfzehner-Ausschuß gibt vor, alles zu sein und ist doch nichts; er taucht angeblich auf aus der Tiefe einer spontanen Massenbewegung, ohne daß über seinen Ursprung und seine Rechte Klarheit besteht; er kann gehen, wie er gekommen ist, ohne von seiner Tätigkeit Rechenschaft geben zu müssen.

Die Gewerkschaften haben den Generalstreik abgelehnt und zur Fortsetzung der Arbeit aufgefordert. Sie konnten schon deswegen keine andere Haltung einnehmen, weil sie nicht zugeben durften, daß die Kraft der Arbeiterklasse ohne Ziel und Zweck nutzlos veran wird. Denn das unterscheidet die führenden Körperschaften der Gewerkschaften von so einem Fünfzehner-Ausschuß, daß sie für den Bestand der Organisation und für alle Handlungen die volle Verantwortung vor ihren Mitgliedern, vor der gesamten Arbeiterklasse tragen. Ihren leitenden Körperschaften ist es nicht möglich, sich nach nutzloser und verlorener Aktion entweder im leeren Raume der Verantwortungslosigkeit zu verflüchtigen — oder sich bis zu ihrem erneuten Auftreten in das stillere Hinterkühnen einer politischen Partei zurückzuziehen — oder durch ein unehrliches Geschrei über den „Verrat“ anderer, die Schuld an dem Fiasko auf jene anderen abzuwälzen.

Damit treffen wir von neuem auf die inneren Gründe des ehemals sehr heftigen Gegenjages zwischen den Gewerkschaften und einer von den Gewerkschaften unabhängigen Rätebewegung. In der widerprechenden Haltung des Fünfzehner-Ausschusses hier, der Gewerkschaften dort zur Frage des Generalstreiks, ist dieser Gegenjag abwärts abwärts abwärts geworden. An der Frage, ob, wann und wie ein Generalstreik geführt werden kann, entscheidet sich auch die Frage nach dem Maß der Aktionsfähigkeit, das der Gewerkschaftsbewegung auf der einen, einer Rätebewegung nach dem Sinn der Kommunisten auf der anderen Seite innewohnt, nach jenem Maß von Aktionsfähigkeit, nach dem der Erfolg abhängig ist.

Es geht und unbestritten ist wohl, daß ein Generalstreik — vorausgesetzt, daß die Situation ihn dringend notwendig macht — mit Erfolg nur geführt werden kann von einer straff disziplinierten und einheitlich geführten Masse. Voraussetzung für absolute Disziplin und einheitliche Taktik bei Beginn und Abschluß wie während der Dauer des Kampfes ist eine Leistung, die nach Herkunft und Stellung der Gesamtheit der Kämpfenden verantwortlich ist und dauernd verantwortlich bleibt. Eine solche Verantwortung ist nur möglich im Rahmen dauernder organisatorischer Massenverbindungen, wie allein die Gewerkschaften darstellen. Bei der gegenwärtigen Struktur der Arbeiterbewegung in Deutschland sind nur die Gewerkschaften imstande, eine der Gesamtheit der Arbeiterklasse verantwortliche führende Spitze zu bilden, die mit jenen Machtsfunktionen ausgestattet ist, die zur Leitung eines solchen Kampfes erforderlich sind, und

## Auszahlung der Beamtenbezüge.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages gab am Freitag seine Zustimmung zur Auszahlung der mit den Spitzenorganisationen erteilt vereinbarten Beamten- und Staatsarbeiterbezüge. Als Abgeltung für die erste Augusthälfte wird den Beamten- und Staatsarbeitern der bereits für diesen Termin gebaltete Betrag in viermaliger Höhe nochmals ausbezahlt. Für die zweite Augusthälfte beträgt der Teuerungszuschlag 13,530 %. Für Berlin wurde außerdem ein Sonderzeugungszuschlag von 2112 % bewilligt. Der Frauenausschuß wurde auf 7,5 Millionen Mark festgesetzt. An Mehrausgaben entstehen dem Reich durch die Bewilligung der neuen Gehälter, die infolge der Entwertung der Mark notwendig wurden, mehrere hundert Millionen Mark. — Die Regierung wurde gleichzeitig ersucht, auf eine beschleunigte Auszahlung der Bezüge der Staats- und Kommunalbeamten, sowie Angestellten hinzuwirken und Maßnahmen zur sofortigen Auszahlung der Pensionen, Hinterbliebenen- und Teuerungszulagen in allen Verwaltungen des Reiches zu treffen.

einem maßgeblich über alle Bewegungen des kämpfenden Heeres entscheidet.

Da die Bewegungen und Kämpfe der Gewerkschaften überhaupt, auch die reinen Lohnkämpfe, immer mehr den Charakter von Massenbewegungen großen Stils annehmen, hat sich aus der Notwendigkeit strenger Disziplin und einheitlicher Führung stärker und stärker der Zug zur zentralistischen Organisationsform ergeben. Dieser Zentralismus bedeutet aber nichts anderes als die Verlegung der Verantwortung und — in weitgehendem Maße — auch der Entscheidung in immer höhere Stufen, die über zahlreiche Massen von Organisierten maßgeblich gebieten, aber damit auch in wachsendem Maße die Verantwortung für den Erfolg des Kampfes tragen. Auf diese Weise bilden sich aus der Tendenz zum Zentralismus jene führenden Körperkämpfe, die imstande sind, breite Massen mit strenger Disziplin zur Führung eines Generalstreiks zusammenzufassen. Die Gewerkschaftsbewegung allein ist auch imstande, die Massen so restlos zu disziplinieren, wie die Führung eines solchen Kampfes es gebietet, denn sie beruht auf festen Organisationen, denen jedes einzelne Mitglied dauernd verpflichtet ist. Infolge ihrer hohen Verantwortlichkeit kann die Gewerkschaftsbewegung die Masse aber nur dann zum Kampf aufrufen, wenn die Ansichten auf einen Erfolg im richtigen Verhältnis stehen zu dem Ziel des Kampfes, wie zu den Opfern, die den Kämpfenden zugemutet werden müssen.

Aus allen diesen Gründen kann die Gewerkschaftsbewegung in einem notwendig gewordenen Kampfe nur allein oder allenfalls in Gemeinschaft mit anderen Bewegungen die Verantwortung tragen, mit denen sie sich über Führung und Ziel des Kampfes in voller Übereinstimmung befindet und die ein ähnliches Maß von Macht wie von Pflicht und Verantwortung tragen wie sie. In keinem Falle aber ist ein so verstandener Zentralismus so notwendig wie bei einem Generalstreik, denn in keinem anderen Falle stehen Existenz und Ansehen der Organisation und das Schicksal der Mitglieder in so hohem Maße auf dem Spiel wie hier.

Ganz anders liegen die Dinge bei einer Bewegung, wie jener Jünzjehner-Ausschuss sie repräsentiert, wenn auch nur als Strohmann der KPD. In dieser Bewegung macht sich, allem Gerede von der Einheitsfront zum Trotz, eine Tendenz geltend, die dem Zentralismus genau entgegengesetzt ist. Auf wie unübersichtlichen Füßen der Verantwortungs-wille eines solchen Jünzjehner-Ausschusses steht, haben wir schon gesagt. Aber auch bei einem klaren Willen zur Verantwortlichkeit würde es einem solchen Gebilde an der Fähigkeit zur strengen Zusammenfassung und einheitlichen Führung einer Bewegung fehlen. Denn diese Bewegung muß das Schwergewicht der Entscheidungen und der Führung von der Zentraleitung hinweg wieder mehr in den kleineren Bereich des Betriebes verlegen. Wenn die großen zentralistischen Gewerkschaften in ständig wachsendem Maße zusammenfassend wirken, indem sie immer größere Massen unter eine einzige Leitung bringen, so muß die von den Kommunisten für ihre besonderen Zwecke ins Leben gerufene Bewegung im Gegensatz dazu unter dem Banner einer sogenannten „proletarischen Demokratie“ dezentralistisch, a u f l ö s e n d, wirken, denn keine Betriebsbelegschaft und keine Betriebsvertretung ist dem Jünzjehner-Ausschuss oder der Vollversammlung vollkommen verpflichtet. Jeder Betrieb kann trotz den Beschlüssen dieser Körperschaften, im Ernstfalle tun und lassen, was ihm beliebt, während die Gewerkschaft jedes einzelne Mitglied verbindlich verpflichtet und durch den Willen der Gesamtheit, der verkörpert ist in den Machtberufenen der Leitung, zur Disziplin zwingt. Der Jünzjehner-Ausschuss mit seiner Vollversammlung bildet eben keine Gesamtheit mit festen Verpflichtungen auf Grund persönlicher Mitgliedschaft, sondern nur eine lose Verbindung von Gruppen, den Betriebsbelegschaften, und diese können, nach dem Muster des Jünzjehner-Ausschusses selbst, kommen und gehen, wann und wie sie wollen.

Wenn ein Teil der Arbeitererschaft dennoch auch diesen Beschlüssen folgt, soweit er einmal daran beteiligt war, so geschieht das offensichtlich nur aus alter Gewohnheit zur Treue, welche die Arbeitererschaft durch ihre Gewerkschaftszugehörigkeit erworben hat. Aus diesen Gründen kann ein Beschluß eines solchen Ausschusses niemals einen Generalstreik, der diesen Namen verdient, bewirken, sondern güttingerfalls eine Summe von Teilstreiks, die — ein Musterbeispiel individualistischer Methoden — heute hier aufblühen, um morgen dort zu verblühen, und daher als Ganzes erfolglos bleiben müssen. Darum aber kann ja ein Jünzjehner-Ausschuss Verantwortung überhaupt nicht tragen, selbst wenn er es wollte, denn er wird nie in der Lage sein, diejenige Bewegung dauernd und fest in der Hand zu halten. Auch dieser Umstand stellt den Erfolg eines solchen Kampfes von vornherein in Frage. Zugleich aber durchkreuzt diese Bewegung, wenn sie sich ausbreitet, die von den Gewerkschaften erstrebte Zusammenfassung der Kräfte unter Führung einer wirklich festen zentralen Leitung, worin wir den besten Grund für den Widerstand der Gewerkschaften gegen alle Versuche zu erblicken haben, welche die dargelegten Tendenzen zeigen. Die Gewerkschaften müssen diese Tendenzen bekämpfen und vor den Karolen vieler Kreise warnen, wenn sie sich nicht selbst aufheben wollen.

Es zeigt sich somit, daß das tragische Ergebnis des Generalstreiks der inneren Hohlheit der Bewegung, die Trägerin des Kampfes sein wollte, durchaus angemessen ist. Und inwiefern könnte dieser Streik Augen bringen, wenn die Arbeitererschaft an ihn diese innere Hohlheit erkennen und in zukünftigen Fällen entsprechend handeln, nämlich den Jünzjehner-Ausschuss bei seinen Aktionen allein lassen würde.

Den Kommunisten aber sind diese Zusammenhänge durchaus bekannt. Wenn sie trotzdem den Schlag wagten, so eben darum, weil sie die Situation für sich günstig hielten. Aber sie wußten diese Schwäche ihrer Position, die sich jetzt von neuem so drastisch gezeigt hat, auszugleichen, indem sie darauf ausgingen, die Gewerkschaften in ihre Hand zu bekommen, und das Fracko ihres Jünzjehner-Ausschusses wird sie daher nur veranlassen, ihre Anstrengungen auf diesem Gebiete zu verdoppeln. Die KPD hat das ja bereits angekündigt, aber auch ohne diese Aufwindung hätten wir darauf gefaßt sein müssen, daß die KPD, aus dem Zusammenbruch ihres Generalstreiks diese Konsequenzen ziehen würde. Wir haben daher zu sorgen, daß der Rechenfehler, mit dem die Kommunisten ihre Aktion einleiteten, sich in keinen Wirkungen auch erstreckt auf diese Bemühungen der Kommunisten.

**Rachschiff der Redaktion:** Dieser Aufsatz war vor dem Verbot des Verlags geschrieben und in Unkenntnis des Verbotes, das ein Verbot bedeutet. Man mag über den Wert solcher politischer Maßnahmen verschiedener Meinung sein, aber man wird den Kommunisten nach dem grünen Vorzeichen, das sie angedeutet haben, nicht das Recht geben, sich über sie zu beschlagen. Sie wares es, denen die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz der Republik gar nicht wenig genügt sein könnten. Sie sind es, deren Parteigenossen in England ihre Autorität als Regierungsrat durch den Scheitern der letzten Wahlen gegen uns behauptet.

Richtungen der Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten. Die Sozialdemokraten haben stets dafür gewirkt, daß die nach kommunistischen Forderungen notwendigen Maßnahmen nicht in einen Rachefeldzug ausarten, sie werden es auch diesmal tun. Die Kommunisten werden aber den Arbeitern nicht dadurch imponieren, daß sie heute mit einer Unverschämtheit ohnegleichen an die Gewalt appellieren, morgen aber zu heulmeiern beginnen, wenn sich das Spiel gegen sie entscheidet.

## Vor einer Erklärung Vincarets.

bleibt Frankreich unerzittlich?

Der französische Ministerpräsident wird am Sonntag anlässlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals eine Rede halten, die als Antwort auf die Programmerkklärung der Reichsregierung und gleichzeitig als Erwiderung auf die letzte englische Note an Frankreich und Belgien gedacht ist. Inzwischen ist der schriftliche Text der Antwort an die englische Regierung von Vincarets bereits fertiggestellt worden. Die Note ist aber in London noch nicht überreicht und kann deshalb nach diplomatischem Brauch auch noch nicht veröffentlicht werden. Trotzdem macht ein Teil der französischen Presse schon jetzt nähere Angaben über den Inhalt, die, wenn sie zutreffend sind, kaum eine Möglichkeit zur friedlichen Verständigung bieten. Es heißt, daß Frankreich die französisch-belgische Regie über die Eisenbahnen im Ruhrgebiet bis zur endgültigen Zahlung unserer Reparationsverpflichtungen aufrechterhalten will und die Einziehung der Kohlensteuer und Zölle, wie die Ausbeutung der Forsten und Staatsgruben auch weiterhin von den Besatzungsmächten erfolgen soll. Diesen Plan einschneidender Maßnahmen will man angeblich durch eine völlige Kontrolle über die deutsche Industrie ergänzen.

Wir würden im Interesse der Verständigung wünschen, daß der französische Ministerpräsident in seiner Sonntagsrede die Darstellungen seiner Presse über den Inhalt der Antwort an England als falsch widerruft. Sie sind nicht geeignet, den passiven Widerstand unwirksam zu machen, sondern liefern der deutschen Arbeitererschaft im Ruhrgebiet einen neuen Beweis dafür, für was sie kämpft: für ihre Freiheit und das Recht zum Leben. Im Übrigen stehen die gefernzeichneten Angaben der französischen Presse im Widerspruch zu anderen ebenfalls aus Paris kommenden Feststellungen über den Inhalt der Note. Hier wird von Deutschland u. a. auch eine schnelle Sanierung seiner Finanzen und die Wiederaufnahme der Sachversicherungen verlangt. Wie soll das Reich seine Finanzen sanieren, wenn ihm der größte Teil seiner Erträge in dem eigenen Lande durch fremde Mächte vorenthalten wird? Entweder gibt man dem Reich seine Einnahmequellen zurück und erwirbt damit das durch die Besetzung des Ruhrgebietes verlorene Recht auf Erfüllung der Reparationsverpflichtungen wieder, oder die Politik vom 11. Januar, die in ihrer Auswirkung zur Katastrophe führt, wird fortgesetzt — und man verzichtet eines Tages auf alles! Deutschland ist zu Opfern bereit! Aber wenn wir schon zahlen sollen, dann muß uns auch der Atem zum Leben bleiben, denn ohne Leben gibt es keine finanziellen Opfer.

## Umbildung des italienischen Kabinetts?

Paris, 17. August.

Mussolini soll nach einer hier vorliegenden Meldung aus Italien, die Absicht haben, in der Umbildung seines Kabinetts, die er kommende Woche vornehmen will, den Posten des Innenministers den er bei seinem Regierungsantritt gemeinsam mit der Präsidentenschaft und dem Außenministerium selbst befehligte, durch einen neuen Minister zu ersetzen. Mussolini beabsichtigt jetzt einen Teil der Arbeitslast, die bisher auf ihm geruht habe, auf einen anderen zu übertragen. Nachdem er, wie von ihm gewünscht, den Regierungsgeschäften in allen Ministerien die Richtung gegeben hat, zukünftig wird er nur die Funktionen als Ministerpräsident und als Außenminister beibehalten.

## Einpruch der Reparationskommission?

Die Reparationskommission hat der Kriegslastkommission in Paris am Donnerstagabend einen Brief überreicht, der sich mit der Goldanleihe befaßt und der mit Bezugnahme auf Artikel 248 des Versailler Vertrages einen ausdrücklichen Vorbehalt sowohl gegenüber den Anleihebesitzern als auch gegenüber den sonstigen Beteiligten unter Betonung ihrer Priorität an den Sicherheiten formulierte. Laut § 248 des Versailler Vertrages bürgt der Besitz der Länder und des Reiches für die Reparationsverpflichtungen. Bisher aber hat die Reparationskommission im allgemeinen gerade das Gegenteil dessen empfohlen, was sie sich augenblicklich vorbehält. In den Noten vom 21. März bezw. 22. März wurde von ihr geradezu das Verlangen auf Anleihen gestellt, die zur Stabilisierung unserer Währung dienen sollten. Der Rechtsausschuss der Reparationskommission hat ferner im Verlauf dieses Jahres ein Gutachten gefällt, nach dem die Kommission selbst solange kein Recht auf die Beschlagnahme der Anleihen hat, als eine gewisse Stabilisierung unserer Währung nicht herbeigeführt ist. Da das der Fall ist, ferner aber die Goldanleihe ausdrücklich zum Zwecke der Stabilisierung der Währung aufgelegt wurde, widerspricht die Reparationskommission in ihrem Brief ihren eigenen bisherigen Forderungen und bekräftigt damit selbst die Nichtberechtigung ihres Schreibens.

## Die Unterredung Zeigners mit Stresemann.

Berlin, 18. August.

Der Reichsfinanzminister hatte gestern in Gegenwart des Reichsinnenministers eine ausführliche Aussprache mit dem französischen Ministerpräsidenten. Gegenstand dieser Aussprache waren die Verhältnisse in Sachen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Der französische Ministerpräsident wies auf die große Erregung der französischen Arbeitererschaft hin, die mit politischen Mitteln allein nicht bekämpft werden könne. Vorübergehende Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzpolitischer Art seien erforderlich. Dr. Zeigner betonte ferner den festen Willen der französischen Regierung, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Uebereinstimmung ergab sich darüber, daß zur schnellen Wiederherstellung normaler Zustände es verboten werden müßte, die bisherigen bedauerlichen Vorgänge zu politischen Zwecken auszunutzen, wie dies in der Presse teilweise gemacht worden ist. Im ganzen stellte der Reichsfinanzminister die volle Zustimmung des französischen Ministerpräsidenten dazu fest, im Zusammenwirken mit der Reichsregierung die Grundlage der heutigen Staatsordnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wahren.

## Erhöhung der Lohnsteuerermäßigung.

Durch den neuen Markverfall sind die Ermäßigungsätze bei der Lohnsteuer bereits wiederum völlig unzulänglich geworden. Die Ermäßigungsätze sind so niedrig, daß der von dem Lohn einbehaltenen Steuerbetrag in vielen Fällen bereits wieder mehr als 7 % beträgt. Dieser Zustand hat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Veranlassung gegeben, im Steuerentscheid die

Neuregelung der Abzüge zu beantragen. Für den Monat August kann aber wegen der enormen Schwierigkeiten eine Abänderung der Ermäßigungsätze nicht mehr erfolgen. Die neuen Ermäßigungsätze werden ab 1. September in Kraft treten und sollen so hoch bemessen werden, daß damit ein Ausgleich geschaffen wird für die zu niedrigen Sätze in der zweiten Hälfte des Monats August. Welche Sätze ab 1. September gelten, wird der Steuerausfluß des Reichstages am kommenden Mittwoch beschließen. Die sozialdemokratische Fraktion hat Wert darauf gelegt, daß die Entscheidung über die Höhe der Ermäßigungen erst nächste Woche erfolgt, weil sie erst einen Überblick über die Höhe der künftigen Löhne haben will. Denn es muß die Gefahr ausgeschlossen bleiben, daß wiederum die Ermäßigungsätze zu niedrig festgelegt werden, wie das leider bisher oft der Fall war. Die richtigen Sätze aber werden am besten gefunden, wenn ihre Festlegung möglichst nahe vor dem Termin des 1. September erfolgt. Trotz der Beschlußfassung am kommenden Mittwoch werden die neuen Ermäßigungsätze bestimmt am 1. September in Kraft treten.

## Ausnahmen von der Betriebssteuer.

SPD. Die demokratische Reichstagsfraktion hat bei dem Reichsfinanzminister den Antrag gestellt, für Kleinbetriebe Ausnahmen von der neuen Betriebssteuer zu machen. Kleinbetriebe des Handels und des Handwerks, die durchschnittlich nicht mehr als zwei bis drei Leute beschäftigen, sollen von der Steuer befreit werden. Bestehen Zweifel über die Erträglichkeit der Steuer für einzelne Gruppen von Kleinbetrieben, so soll die zuständige Berufsorganisation (Handelskammer, Gewerbekammer, Handwerkerkammer) vor der Besteuerung gehört werden.

Wir haben gegen diesen Antrag die schwersten Bedenken. Werden von der neugeschaffenen Betriebssteuer überhaupt Ausnahmen gemacht, so gibt es auf diesem Wege keinen Halt. Eine Ausnahme zieht zahllose andere nach sich. Der Grundsatz, daß alle Betriebe, die Arbeitnehmer beschäftigen, die Steuer zu entrichten haben, muß deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Würde man — wir wollen nur auf ein einziges Beispiel verweisen — die Kleinbetriebe des Handels freilassen, so müßte man ohne weiteres den Konsumgenossenschaften dasselbe gewähren. Denn Freilassung der einen und Belastung der anderen kommt der Erdrückung der Konsumgenossenschaften gleich bezw. zwingt diese, ihre Warenpreise stark zu erhöhen.

Wir verkennen gewiß nicht, daß Kleinhandel und Klein gewerbe sich zum erheblichen Teil in einer sehr großen Notlage befinden. Ihnen zu helfen, soweit das überhaupt möglich ist, erkennen wir als billig durchaus an. Aber nicht die Betriebssteuer ist die Gefahr für die kleinen Betriebe, sondern der rasche Markverfall. Er schädigt die kleinen Unternehmungen viel mehr als eine noch so harte Steuer. Wenn es deshalb gelingt, durch die rückwirkungslose Durchführung der neubeschlossenen Steuererlässe den Markverfall einzudämmen, so haben die kleinen Betriebe davon den allergrößten Vorteil. Sie sollten sich deshalb mit den beschlossenen Steuererlässen abfinden und nicht ihren Leuten Gefolgschaft leisten, die durch ihre mangelnde Bereitwilligkeit, den Besitz steuerlich zu belasten, außerordentlich viel zu der Geldentwertung und der Untergrabung der Existenz der Kleinhandlender und Kleingewerbetreibenden beigetragen haben.

## Erhöhung der Bezüge der Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

II. Berlin, 14. August.

Im Reichstagsausschuss für Sozialpolitik berichtete Frau Abg. Schroeder (Soz.) über die Beschlüsse des Unterausschusses bezüglich Erhöhung der Bezüge der Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Der Ausschuss genehmigte förmliche vom Unterausschuss vorgenommene Erhöhungen. Demnach betragen die Leistungen der Wochenhilfe je ein Vierfaches der Reichsindexzahl. Für den gesamten Versicherungsfall ist die am Ende der Woche der Niederkunft veröffentlichte Reichsindexzahl maßgebend. Dabei ist diese Reichsindexzahl auf volle Tausend abzurunden. Weibliche Versicherungsteilnehmer, die in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens 10 Monate hindurch, im letzten Jahre vor der Niederkunft aber mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse versichert gewesen sind, erhalten als Wochenhilfe:

1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird, 2. einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe des Sechsfachen der Reichsindexzahl; findet eine Entbindung nicht statt, so ist als Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden das Eineinhalbfache der Reichsindexzahl zu zahlen, 3. ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens ein Zehntel der Reichsindexzahl täglich, für vier Wochen vor und sechs zusammenhängenden Wochen unmittelbar nach der Niederkunft. Das Wochengeld für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig, 4. solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens drei Zwanzigstel der Reichsindexzahl täglich, bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft. In entsprechender Weise wurde die Wochenfürsorge geregelt. Es folgte die Beratung eines Gesetzesentwurfes über Änderung der Zulagen in der Unfallversicherung. § 2 der bisher geltenden Vorschriften wurde dahin geändert, daß zu einer Verletztenrente eine Zulage schon dann gewährt wird, wenn die Rente 20 oder mehr vom Hundert der Vollrente beträgt (bisher mindestens 33% Prozent) oder, wenn der Berechtigte mehrere Verletztenrenten bezieht, deren Hundertteile zusammen mindestens die Zahl 20 (bisher 33%) ergeben.

## Die Löhne im Buchdruckgewerbe.

36,5 Millionen Mark Wochenlohn.

Berlin, 17. August.

Auf Grund der am Montag, dem 13. August festgestellten Indexsteigerung von 192,2 Prozent und des vom Reichsarbeitsminister festgestellten Ausgleichsindex von 30 Prozent beträgt der Spitzenlohn des Buchdrucks in der Woche vom 18. bis 24. August 36 506 000 Mark. — Die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckgewerbe ist seit Donnerstag, 16. August, auf 64 000 festgesetzt.

Als vor wenigen Wochen die Parteigenossen von der Weimarer Sonderkonferenz unterrichtet wurden, hieß es gleichzeitig, daß diese Besprechung von mehr als 30 Genossen besucht gewesen sei. In Wirklichkeit war die Konferenz nur von einem halben Dutzend Teilnehmer besucht, jedoch ihr nicht die Bedeutung beigemessen ist, wie es bisher geschah.

Wegen fortgesetzter Behinderung des Reichstagslers Stresemann und wiederholter Berührungspunkte und Behinderung der republikanischen Staatsform wurde das deutschpolitische „Deutsche Tageblatt“ des Herrn Rulle mit Wirkung ab Sonntag auf 14 Tage verboten.

# Volkswirtschaft.

## Und die Kreditpolitik?

Mit der Beratung der Finanzvorlagen ist der Reichstag auseinandergegangen, ohne daß die geforderte und angekündigte Umstellung der Kreditpolitik der Reichsbank bisher erfolgt wäre. Noch immer ist es möglich, gegen verhältnismäßig geringe Zinsen Papiermark bei der Reichsbank zu entleihen und diese zur Anlage in den Sachwerten zu verwenden, welche im Wert mit fallender Mark steigen. Trotz aller Proteste befindet sich das Reichsbankdirektorium, das den Niedergang der Mark nicht aufhalten vermochte und das auch bei der Beschaffung der mit dem Markkurz notwendig gewordenen Zahlungsmittelmengen so vollkommen wie nur denkbar versagte, noch immer im Amte. Unter diesen Umständen ist die Frage berechtigt, wann endlich an die grundsätzliche Umgestaltung des Kreditystems herangegangen wird.

Es ist gewiß richtig, daß die Besserung des Marktkurses für den Augenblick die Bedeutung des Problems abgeschwächt hat. Immerhin gibt es weite Kreise, die der Stützungsaktion nicht genügend Vertrauen entgegenbringen, um ihre geschäftlichen Dispositionen darauf einzustellen. Es ist bezeichnend, daß die Annäherung der neuen Steuerzahlungen zwar den Effektenmarkt vorübergehend aus der Fassung gebracht hat, daß aber dann bereits am Mittwoch die Kursverluste zu einem wesentlichen Teil aufgehoben wurden, jedoch von den Wirkungen der bevorstehenden Steuerzahlungen und der Kreditbeschränkungen noch sehr wenig zu spüren ist. Bezeichnend ist dabei, daß ein Börsenblatt bezüglich der Finanzen und Kreditpolitik noch nicht auszuweichen, um die spekulative Flucht aus der Mark zu verhindern.

Das aber ist der Sinn und der Zweck der Maßnahme, welche von der Sozialdemokratie immer gefordert wurden. Auch die Stützungsaktion der Mark im März ist später zusammengebrochen, weil sie nicht ergänzt wurde durch finanzpolitische Maßnahmen, welche die Spekulation auf Kosten des Reiches und der auf Papiermark angewiesenen Verbraucher ergänzen konnten. Jetzt liegen die Voraussetzungen dafür wesentlich günstiger. Die Goldanleihe des Reiches ist aufgelegt und damit der erste Schritt getan, um mit einem deutschen wertbeständigen Papier die Sparer anzureizen und zu verhindern, daß die Flucht vor der Markentwertung sich in panikartigen Anstürmen am Devisen- und Warenmarkt entladen kann. Die Steuererlässe sind ihrer ganzen Struktur nach dazu angetan, den Reichsbedarf an Einnahmen für längere Zeit in einem wesentlich höheren Maße zu decken, als das infolge der verfahrenen Finanzpolitik des Kabinetts Cuno in den letzten Monaten der Fall gewesen ist. Insofern sind für die Stützungsaktion der Mark wesentlich bessere Vorbedingungen geschaffen. Es ist aber doppelt zu wünschen, daß sie möglichst rasch zu einem vollkommenen System ausgearbeitet werden.

Wir brauchen ein Kreditssystem auf der Goldgrundlage. Wer Darlehen nimmt, um damit Sachwerte zu produzieren, muß selbst das Risiko der Geldentwertung tragen, anstatt es, wie bisher, auf die Schultern der Allgemeinheit abzumäzen. Mit besonderem Nachdruck hat neuerdings wieder der Zentralverband des

Großhandels diese Forderung erhoben. Was die Reichsbank bisher auf diesem Gebiet geschaffen hat, ist tatsächlich nicht mehr als ein tastender Versuch. Zu verlangen ist, daß man jetzt die Abgabe von Papiermarkkrediten gegen den niedrigen Diskontsatz von 30 Proz. gänzlich unterbindet und so herbeiführt, daß die Inflationsgewinne der Kreditnehmer beseitigt werden. Diese Forderung ist oft genug aufgestellt worden. Sie würde neuerdings dahin erweitert, daß man mit der Schaffung der Goldanleihe auch an die Wiederherstellung der Währung herangeht, indem man ein neues wertbeständiges Geld einführt. Es ist nun hohe Zeit, daß man wenigstens die Umgestaltung des Kreditystems auf das äußerste beschleunigt, weil nur so eine wirksame Waffe gegen etwaige neue Anstürme auf die Mark geschaffen werden kann.

## Was ist eine Goldmark?

In der Goldanleihe des Reiches ebenso wie bei den früheren Dollarschahanweisungen ist der Kurs einer Goldmark gleich dem 4,20 Teil eines Dollars angesetzt. Da aber dieser einheitliche Wertmaßstab noch bis vor kurzem nur kleinen Teilen der Wirtschaft geläufig war, während man die Goldrechnung für fast alle Warenpreise durchzuführen suchte, ergab sich für die Marktheit „Goldmark“ bei den verschiedenen Industrie- und Handelsverbänden ein verschiedener Maßstab. Die einen lehten an das englische Pfund, andere an den Schweizer Franken, wieder andere an den holländischen Gulden an, obwohl die Kurse dieser Hochvaluten, am Goldgehalt der Münze gemessen, durchaus nicht immer übereinstimmten. Für die Wirtschaft war das von geringerem Belang, solange wenigstens das richtige Umrechnungsverhältnis angewandt wurde. Jetzt leistet man sich dabei aber Bewußt oder unbewußt Umrechnungsfehler für die Goldmark, die es den Produzenten ermöglicht, auch in Goldmarkrechnung Sondergewinne zu erzielen. Das ist z. B. der Fall, wenn gewisse Textilverbände 1 Schweizer Franken gleich einer Goldmark setzen, während in Wirklichkeit 1,25 Schweizer Franken gleich 1 Goldmark sind. Andere Verbände setzen die Goldmark gleich 1/4 Dollar, während sie in Wirklichkeit den Wert von 1:4,20 Dollar hat. Wohl werden sich manche Produzentengruppen darauf berufen können, daß sie die Differenz, die auffallenderweise oft zum Vorteil, noch nie aber zum Nachteil der Produzenten zu beobachten ist, in der Preisfaktulation Berücksichtigung gefunden hat. Das ist eine höchst unsichere Sache, da ja bekanntlich die Preisfaktulation unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit vorgenommen wird. Die falsche Umrechnung in Goldmark bietet die Möglichkeit von Preisübersteigerungen, denen die Verbraucher jedenfalls nicht zustimmen können. Deshalb sollte nun bald dafür gesorgt werden, daß als Wertmaßstab für die Goldrechnung ein einheitlicher Kurswert angenommen wird. Das ist möglich, wenn eine tägliche amtliche Kursfeststellung der Goldmark etwa an Hand des Dollars oder des Durchschnittes mehrerer Hochvaluten ermittelt und veröffentlicht wird.

## Lebenshaltungskosten in Deutschland und im Ausland.

Die gewaltige Steigerung der Lebenshaltungskosten in der letzten Woche auf das 439 935fache des Vorkriegesstandes, die Verdreifachung der Lebenshaltungskosten innerhalb einer einzigen Woche, legt die Frage nahe, wie sich gleichzeitig im Ausland die Lebenshaltungskosten verhalten. Die letzten Zahlen darüber liegen für Juni vor. In Ländern mit hoher Valuta, wie Großbritannien und der Schweiz, verzeichnet man in den letzten Monaten eine leichte Steigerung der Lebensmittelpreise. Großbritannien hatte im Juni das 1,69fache des Friedensstandes bei einer Steigerung des Lebensmittelfindex von dem 1,60 auf das

1,62fache. In der Schweiz hat sich die Lebenshaltung von dem 1,81fachen auf den 1,84fachen Vorkriegesstand gehoben. In Spanien sind die Lebensmittelpreise im Juni um etwas zurückgegangen, nämlich auf den 1,70fachen Vorkriegesstand gegen den 1,78fachen im Mai. Wesentlich stärker als in Deutschland sind in der fraglichen Zeit die Lebenshaltungskosten in dem benachbarten Polen gestiegen, wo man im Juni den 12 779fachen Vorkriegesstand verzeichnete, während damals der deutsche Index noch das 7650fache Vorkriegesniveau anzeigte.

## Vermischte Nachrichten.

**Erschütterndes Bootsunglück.** 34 Personen ertrunken. Am Donnerstag kenterte infolge eines Wirbelsturmes auf der Weichsel bei Düninow ein Boot. Die darin befindlichen Arbeiter suchten in einem zweiten Boot Zuflucht. Dies konnte aber die Belastung nicht tragen und ging unter. Wegen des herrschenden Sturmes und der großen Entfernung vom Ufer war eine Hilfeleistung nicht möglich. Von den 37 Insassen des Bootes wurden nur drei Kinder gerettet.

**Millionenpreise auf dem Fleischmarkt.** Im Gegensatz zu allen anderen Lebensmitteln, die in den letzten Tagen infolge der Besserung der Mark im Preise gesunken sind, haben die Preise für inländisches Fleisch geradezu einen Rekord erreicht. So kostete z. B. in Berlin Rind- und Hammelfleisch über eine Million Mark, und Schweinefleisch war nur eine Kleinigkeit billiger. Als Grund wird angegeben, die Landwirte verkaufen jetzt in der Ernte überhaupt nicht und warten vor allem die weitere Gestaltung der wirtschaftlichen Lage ab, um die für ihr Vieh erzielten Kapitalisten wertbeständig anlegen zu können. Die Fleischpreise haben in der Zentralmarkthalle in Berlin über Nacht eine Durchschnittserhöhung von 300 000 Mark erfahren. Der Dollar ist verschiedenen Profitjägern schon lange kein Maßstab mehr. So beweist ein Geschäftsmann unterem Magdeburger Parteiblatt, wie man im verrückten Bogen über die Geldwährung hinausgeht: 1 Pfund geachtetes Fleisch, im Frieden 60—80 Pfennig kostend, also ein Sechstel bis ein Siebtel Dollar, dürfte heute bei einem Dollarstand von 3 Millionen 450 000—500 000 Mark kosten. Statt dessen wird dafür 1 1/2 Millionen Mark gefordert, also mehr als das Doppelte. Ein zweites Beispiel: 1 Pfund amerikanischer Speck, im Frieden 1,00—1,10 Mark kostend, also rund 1/4 Dollar, höchstens (beim Dollarstand von 3 Millionen) zirka 750 000 Mark, wird heute mit 2,4 Millionen Mark gehandelt. Ist das Teuerung, Wucher oder gemeinliche Ausplünderung?

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

## Auch die zartesten

Gewebe werden mit Seimann's Reformia prachtvoll gereinigt und erhalten ein wunderbar frisches Aussehen. (544) Chemisch-reinige nur mit Seimann's Reformia.

# Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches.

Jedermann legt heute sein Geld **wertbeständig** an, indem er die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches zeichnet.

|                       |                           |                      |                               |                          |                              |
|-----------------------|---------------------------|----------------------|-------------------------------|--------------------------|------------------------------|
| Einteilung der Stücke | 4,20 Gold-Mark = 1 Dollar | rückzahlbar zu 170 % | ferner Stücke mit 6 % Zinsen: | 42 Goldmark = 10 Dollar  | 420 Gold-Mark = 100 Dollar   |
|                       | 8,40 Gold-Mark = 2 Dollar |                      |                               | 105 Goldmark = 25 Dollar | 2100 Gold-Mark = 500 Dollar  |
|                       | 21,— Gold-Mark = 5 Dollar |                      |                               | 210 Goldmark = 50 Dollar | 4200 Gold-Mark = 1000 Dollar |

**Das kleinste Stück lautet also auf den Gegenwart von 1 Dollar**

**Auch der kleine Sparer kann mithin den Wert seines Geldes für die Zukunft sicherstellen.**

- Die Rückzahlung der Anleihe erfolgt nach 12 Jahren zum Dollarkurse.
- Der **Zeichnungspreis** beträgt bis auf weiteres **100%**
- Bei Einzahlung von Devisen oder Dollarschahanweisungen **95%**
- Die **Sicherheit der Zinsen und Rückzahlung der Anleihe ist reichsgesetzlich gewährleistet durch die Gesamtheit der deutschen Privatvermögen.**
- Die größeren Anleihestücke tragen Zinscheine, der Zinssatz ist 6%. Die Zinscheine werden jährlich am 1. September in Mark zum jeweiligen Dollarstande eingelöst. Kauf und Verkauf der Anleihe sind frei von der Börsenumsatzsteuer. Sie ist beleihbar bei den Darlehnskassen des Reiches. — Selbst **frei von der Erbschaftsteuer.** Auskunft erteilen

**Zeichnungen** können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bewirkt werden.



## Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 18. August.

### Mädel am Sonntag.

Sechs lange Tage  
währet deine Plage,  
dann hast du es fein!  
Dann läuten die Glocken den Sonntag ein!  
Lanz, Mädel, Lanz!

Schmüßst du dich viel mit Bänderu und Schleißen,  
lern' es begreifen:  
Blanke Augen, gesundes Blut  
sind das beste Heilsgut.  
Lach' Mädel, lach'!

Besser als Wirtshaus, besser als Saal  
sind Wasser und Weize, Berg und Tal,  
freier die Stimme, froher der Gang,  
größer die Luft dort, schöner der Sang.  
Sing', Mädel, sing'!

Willst dann einer dein Schatzchen sein,  
Mädel, du, überleg' es fein:  
Keiner, der mußt,  
keiner der dußt:  
nimm einen, der offen, gerade heraus  
und in der weiten Natur zu Haus.  
Schau, Mädel, schau!

Margarete Schröder.

### Die Eier und der Federhalter — des Herrn Knie.

Die unruhigen Tage sind vorbei. Riesengroßes Unheil wurde von Lübeck abgewendet. Nun können die Spießbürger und ihre Ochsenfröche von der Feder wieder aus dem Loch heraus. Um zu quaken, daß Gott erbarm! Sachlich wissen sie nichts mehr einzuwenden. Deshalb pöbeln sie furchtbar los. Von Diebstählen usw. Sollen wir sie ernst nehmen? Sektieren die große Diebstahlsreihe auf der St.-Jürgen-Wache. Heute ist alles aufgeklärt. Hätte der „General-Anzeiger“ fünf Minuten mit dem Polizeiant gesprochen, so wäre ihm die Blamage erspart geblieben. Er hat aber bessere Quellen: irgend ein mißgewordener monarchistischer Jüngling in Offiziersuniform ist sein Gewährsmann.

Das war gestern. Und heute? Heute läßt man die Jürgenwache und beginnt mit der Kanzleiwoche. Dort sei auch gestohlen worden. Nämlich (man höre und staune!): ein Federhalter und zwei Eier. Ferner eine Stiefelbürste, eine Signalpfeife und ein Teelöffel.

Alles lacht; nur Herr Knie nicht; der wütet. Besonders die zwei Eier und der Federhalter scheinen ihm Schmerzen zu bereiten.

Noch einmal sei heute ausdrücklich festgestellt, daß alle irgendwie wertvollen Sachen, wie Pistolen, Koppel usw. aufbewahrt und ordnungsmäßig übergeben sind. Soweit ging die Ordnung der „Reinigung Republik“ daß sie sogar die Schnapsflaschen — ganz und halbvoll — unberührt zurückgab. Um Teelöffel, Federhalter und Speisefeste konnten wir uns allerdings nicht kümmern. Aber dafür ist ja Herr Knie der geeignete Mann — nachträglich.

Das eilige „Abrücken“ von etwa 50 Arbeitern von der Kanzleiwoche am Freitagabend hatte seinen Grund nicht in der Ankündigung, daß Sipo anrückte, sondern in der Nachricht, daß der Gen. Dreger angefallen sei. Aber Herr Knie weiß ja alles besser!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (Christlich-national) beschwert sich in einem Eingekandt über den Senat. Da dieser in seinem Antwortschreiben von den „Gewerkschaften“ gesprochen und damit die Öffentlichkeit irreführt habe. Denn auch der Christliche Gewerkschaftsbund sei eine Gewerkschaft, er habe aber mit den beantworteten Forderungen nichts zu tun.

Der Christliche Gewerkschaftsbund möge sich beruhigen. Es ist niemand irreführt worden. Denn es gibt doch nur sehr wenig Leute in Deutschland, die den hartsten Kohn- und Strickklub des Herrn Adam Stegerwald für eine Gewerkschaft halten.

### Die Hebe gegen die „Reinigung Republik“.

Das Inventar der St.-Jürgen-Wache.

In der bürgerlichen Presse hagelt es von Angriffen gegen die „Reinigung Republik“. Warum? Was haben die Mitglieder der „Reinigung Republik“ getan? Erstens ist durch die umsichtige Führung der Reinigung schweres Blutvergießen verhindert worden. Weiter wurden große Sachschäden von vornherein unterbunden. Dies ist uns selbst von Personen, die der bürgerlichen Presse nahestehe, gesagt und bestätigt worden.

Einen Triumph glauben die Redakteure des „General-Anzeigers“ und der „L. N.“ auszuspielen zu können, indem sie schreiben: Aus der St.-Jürgen-Wache seien verschiedene Sachen abhandelt worden. Sie führen als angeblichen Beweis eine große Liste auf, die doppelt so viel herzeigt, als die uns vorliegende amtliche Liste. Warum so Schwärzen? Nur um die „Reinigung Republik“ zu verunglimpfen!

Folgendes möchten wir aber noch feststellen: Am Sonnabend, dem 11. 8. bevor die „Reinigung Republik“ die St.-Jürgen-Wache übernommen hatte, und zwar nachmittags 4 Uhr, ist ein Privatauto bei der Wache vorgefahren. Fahrgäste waren zwei Herren und eine Dame. Die Herren sind in die Wache eingedrungen. Durch Augenzeugen ist festgestellt, daß sie Sachen aus der Wache entnommen haben. Die Sachen wurden durch ein Fenster, welches nach hinten liegt, herausgebracht. Auf diesem Wege verließen sie auch die Wache wieder. Später sind noch einmal Leute der Polizei in der Wache gewesen. Was sie geholt haben, konnten unsere Leute nicht feststellen.

Alle Leute, die bei Uebernahme der Wache, welche ungefähr abends 11 Uhr erfolgte, zugegen waren, erklären: daß Türen und Schränke nicht aufgebrochen wurden. Dieses war nicht notwendig, denn fast alle Schlüssel waren vorhanden, womit die Schränke geöffnet werden konnten! Festgestellt wurde weiter: daß das Fenster nach hinten bei der Uebernahme der Wache noch offenstand. Die „Reinigung Republik“ wird alles daran setzen, um die Sache zu klären, damit auch nicht der leiseste Verdacht bestehen bleibt, unsere Leute hätten die Sachen genommen.

Ein Teil der Sachen, die der „General-Anzeiger“ aufzählte, ist in unserer Aufbewahrung. Wir haben für die Polizei mehr und wertvollere Sachen aufbewahrt, als sie auf ihrer Liste forberte. Wenn wirklich etwas fehlt, so ist das nicht unsere Schuld. Was von uns übernommen wurde, wurde auch wieder übergeben.

Dieses zur vorläufigen Klarstellung. Weiteres Material wird folgen.

### Eine Verdoppelung der Gas-, Strom- und Wasserpreise

trifft in der kommenden Woche ein. Sie werden begründet mit der Erhöhung der Löhne und Gehälter, den neuen, um das 2fache erhöhten Frachttarifen und der Kohlen. Bei den bekannten Kohlenpreisen würde bei Anwendung der Kohlenklausel ein Gaspreis von 154 000 Mark notwendig sein. Die Verwaltung ist bemüht, für die Abnehmer günstige Übergangstarife zu schaffen, um die augenblickliche Katastrophe nicht zu vergrößern: wie folgendes Beispiel zeigt: Bei einem Gaspreis von 14 Pfg., wie er im Frieden üblich war, konnten für den Verkaufswert des Gases 10 Kgr. Kohle wiedergekauft werden; bei dem heutigen Preise der deutschen Kohle von 38,5 Millionen und einem Gaspreis von 80 000 Mk. 2,07 Kgr.

Die Verwaltung erhofft, daß schon diese Zahlen genügen werden, um bei ihren Abnehmern Verständnis für diese Preise zu erwecken und kann nicht verstehen, darauf hinzuweisen, daß, um die Werke vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren und die Lieferungen früher zu stellen, in Zukunft wesentliche Erhöhungen unvermeidlich sein werden. Die von anderen Städten bekannt gewordenen Preise liegen durchweg über den Lübecker Gaspreisen.

**Brotverorgungsabgabe.** Auf die amtliche Bekanntmachung in vorliegender Ausgabe wird hingewiesen. Wer bis zum 25. d. M. die Abgabe nicht entrichtet, hat sofortige Zwangsversteigerung zu gewärtigen.

Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte verweist im

amtlichen Teil der heutigen Ausgabe auf die veränderte Beitragsleistung, auf die wir auch an dieser Stelle aufmerksam machen.

Die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches. Im Referatteil unserer heutigen Ausgabe sind nochmals die Hauptpunkte veröffentlicht, die für den Zeichner der zurzeit ausliegenden Anleihe von Wichtigkeit sind. Des öfteren ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Anleihe auch dem Kleinen Sparer wieder die Möglichkeit gibt, den Wert seines Geldes für die Zukunft sicherzustellen, da das kleinste Stück der Anleihe auf den Gegenwert von 1 Dollar lautet und da auf dem Wege über wertbeständige Konten bei den Sparkassen und Girozentralen noch kleinere Summen in dieser Anleihe angelegt werden können. Der Zeichnungspreis beträgt bei Barzahlung zum Zeitpunkt der Zeichnung 100 Prozent. Den Besitzern von Dollarbesparnissen und Devisen ist weiterhin die Möglichkeit gegeben, die Stücke zu einem Vorzugssatz von zurzeit 95 Prozent zu erwerben, soweit die Einzahlung in Dollarbesparnissen oder den nachstehend verzeichneten Devisen erfolgen. Das Verhältniß der einzelnen Währungen zum Dollar ist bis auf weiteres wie folgt festgestellt: Für einen Dollar sind zu zahlen: — 4,5 Pfd. Sterl., 2,5579 hfl., 5,5862 sfrs., 6,2308 nkr., 3,7969 skr., 5,4977 dks., 7,2 Pes., 3,1355 a. Pes., 2,025 Yen. Im übrigen wird jedes Gebührlin gern bereit sein, weitere Auskünfte über die Anleihe zu erteilen.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Wochenspielplan des Stadttheaters.** Sonntag 7.30 Uhr: „Cavalleria rusticana“ (Sizilianische Bauernheute). Hierauf: „Der Bajazzo“. Montag: 1. Volkstümliches Konzert. Dienstag: „Bastien und Bastienne“. Hierauf: „Abu Hassan“. Hierauf: „Der betrogene Kadi“. (2. Vorstellung im Dienstag-Abonnement). Mittwoch: „Cavalleria rusticana“. Hierauf: „Der Bajazzo“. (2. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement). Donnerstag: „Die Weber“. Ende ungefähr 10 Uhr. (2. Vorstellung im Donnerstag-Abonnement). Freitag: „Bastien und Bastienne“. Hierauf: „Abu Hassan“. Hierauf: „Der betrogene Kadi“. (2. Vorstellung im Freitag-Abonnement). Sonnabend: „Kabale und Liebe“. (Vorstellung für die Volkshöhle). Sonntag: „Bastien und Bastienne“. Hierauf: „Abu Hassan“. Hierauf: „Der betrogene Kadi“.

**Dans-Theater.** Heute Sonnabend zum letzten Mal: „Die Entlassung“. Das Gastspiel der Berliner Kottler-Bühnen ist bis Ende August verlängert und wird ab Sonntag täglich abends 8 Uhr „Galante Nacht“ gegeben.

### Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Brandschaden der „Produktion“. Bei dem am 16. August in der Boizenburger Gegend niedergegangenen Gewitter hat ein Blitzschlag die Scheune auf dem Gute Schwanzheide angezündet. Die Scheune ist vollständig niedergebrannt. Bei dem herrschenden Winde war es der alsbald herbeigekehrten Feuerwehr aus dem benachbarten Orte nicht möglich, das Feuer von dem benachbarten Viehstall abzuhalten. Das Dach des Viehstalles ist abgebrannt. In der Feldscheune befand sich ein Teil der Roggenernte, im Viehstall der erste Schnitt der Heurnte. Der größte Teil der Roggenernte ist gerettet. Der Schaden ist nicht übermäßig groß, das Vieh hat keinen Schaden erlitten. Gebäude und Inhalt waren versichert.

### Theater und Musik.

**Stadttheater.** Cavalleria rusticana. Oper von Pietro Mascagni und Der Bajazzo, musikalisches Drama von R. Leoncavallo.

Man sollte doch diese Oper nur im zwingendsten Notfalle mit solch unzulänglicher Orchesterbesetzung herausbringen, wie das hier geschah (zwei Hörner, die dünnen Streicher!). Es gibt Spielopern genug, welche die kleine Besetzung vertragen, und, will man die Fähigkeiten eines Gastdirigenten feststellen, so sollte man nicht Opern wählen, die zum erkennen Bestande jedes Theaters gehören, deren genaue Kenntnis bei jedem Bühnenmitgliede und bei jedem Kapellmeister Selbstverständlichkeit ist. Hier wären Aufgaben zweckmäßiger, die etwas abseits liegen; beispielsweise die „Reiße Dame“ mit der gefährlichen Versteigerungsszene, die

drückt und schlaf. . . Der Junge ist wahrscheinlich ertrunken. . . Wir schwammen unter Wasser, so weit wir konnten, und als es fast dunkel war, gelang es mir, auch einen Kahn zu kommen, wo eine seltsame Anarchistenfamilie sich netzer amüsierte. Von dem Jungen habe ich ferner nichts mehr gehört. Dann habe ich diese Kleider, die Sie so amüsiert finden, Genevieve, gekauft und bin nach Paris zurückgegangen. Hauptächlich um Ihre Willen.“

„Wie können Sie so kühl darüber reden?“

„Es ist mir nichts Neues.“

„Warum taten Sie so etwas?“

„Ich konnte nicht länger in dieser Irrenmühle bleiben.“

„Kommen Sie, rudern wir hinaus.“

Genevieve sprang ins Boot und ergriff die Ruder.

„Jetzt schieben Sie das Boot ganz hinaus und springen Sie hinein!“ rief sie.

Das Boot glitt hinaus ins Wasser. Genevieve begann langsam und regelmäßig zu rudern. Andrews sah sie an, ohne zu sprechen.

„Wenn Sie müde sind, werde ich rudern,“ sagte er nach einer Weile.

Hinter ihnen erhob sich das Dorf, weiß-bleich und tödlich mit seinen Stadtwällen und seinen steilen Ziegeldächern in einer unregelmäßigen Pyramide, deren Spitze die Kirche bildete.

Durch die großen Spitzbögen des Kirchturms konnten sie die Glocken sehen. Unten im Fluße spiegelte sich das Dorf vollständig wieder, nur an den Stellen, wo der Wind das Wasser kräuselte, war das Bild unterbrochen. Die Ruder knarrten rhythmisch.

„Denken Sie daran, ich werde rudern, wenn Sie müde sind,“ sagte Andrews nach einer langen Pause.

Genevieve sprach durch zusammengebißene Zähne: „Natürlich. Sie haben keinen Patriotismus.“

„So wie Sie es meinen, nicht.“

Sie kamen an die Ecke einer Sandbank, wo der Strom reißend lief.

Andrews legte seine Hände neben die ihren auf die Ruder und zog mit ihr an.

„Bleiben wir hier“, sagte sie und zog die Ruder ein, die in der Sonne glänzten.

Sie legte ihre Hände um die Knie und beugte sich zu ihm hinüber.

„So, darum wollen Sie also meinen Revolver. . . Erzählen Sie mir alles, von Chartres an,“ sagte sie mit erstickter Stimme.

„Sehen Sie, ich wurde in Chartres verhaftet und in ein Arbeitsbataillon gesteckt. Das ist dasselbe, wie ein Militärgefängnis bei Ihnen. Man ließ mich nicht mit meinem kommandierenden Offizier von der Unterwärtsabteilung sprechen.“

Er hielt an. Ein Vogel lang in dem Weidenbaum. Die Sonne

drückt und schlaf. . . Der Junge ist wahrscheinlich ertrunken. . . Wir schwammen unter Wasser, so weit wir konnten, und als es fast dunkel war, gelang es mir, auch einen Kahn zu kommen, wo eine seltsame Anarchistenfamilie sich netzer amüsierte. Von dem Jungen habe ich ferner nichts mehr gehört. Dann habe ich diese Kleider, die Sie so amüsiert finden, Genevieve, gekauft und bin nach Paris zurückgegangen. Hauptächlich um Ihre Willen.“

„Wie können Sie so kühl darüber reden?“

„Es ist mir nichts Neues.“

„Warum taten Sie so etwas?“

„Ich konnte nicht länger in dieser Irrenmühle bleiben.“

„Kommen Sie, rudern wir hinaus.“

Genevieve sprang ins Boot und ergriff die Ruder.

„Jetzt schieben Sie das Boot ganz hinaus und springen Sie hinein!“ rief sie.

Das Boot glitt hinaus ins Wasser. Genevieve begann langsam und regelmäßig zu rudern. Andrews sah sie an, ohne zu sprechen.

„Wenn Sie müde sind, werde ich rudern,“ sagte er nach einer Weile.

Hinter ihnen erhob sich das Dorf, weiß-bleich und tödlich mit seinen Stadtwällen und seinen steilen Ziegeldächern in einer unregelmäßigen Pyramide, deren Spitze die Kirche bildete.

Durch die großen Spitzbögen des Kirchturms konnten sie die Glocken sehen. Unten im Fluße spiegelte sich das Dorf vollständig wieder, nur an den Stellen, wo der Wind das Wasser kräuselte, war das Bild unterbrochen. Die Ruder knarrten rhythmisch.

„Denken Sie daran, ich werde rudern, wenn Sie müde sind,“ sagte Andrews nach einer langen Pause.

Genevieve sprach durch zusammengebißene Zähne: „Natürlich. Sie haben keinen Patriotismus.“

„So wie Sie es meinen, nicht.“

Sie kamen an die Ecke einer Sandbank, wo der Strom reißend lief.

Andrews legte seine Hände neben die ihren auf die Ruder und zog mit ihr an.

„Bleiben wir hier“, sagte sie und zog die Ruder ein, die in der Sonne glänzten.

Sie legte ihre Hände um die Knie und beugte sich zu ihm hinüber.

„So, darum wollen Sie also meinen Revolver. . . Erzählen Sie mir alles, von Chartres an,“ sagte sie mit erstickter Stimme.

„Sehen Sie, ich wurde in Chartres verhaftet und in ein Arbeitsbataillon gesteckt. Das ist dasselbe, wie ein Militärgefängnis bei Ihnen. Man ließ mich nicht mit meinem kommandierenden Offizier von der Unterwärtsabteilung sprechen.“

Er hielt an. Ein Vogel lang in dem Weidenbaum. Die Sonne

„Aber erzählen Sie mir doch von dem Schwimmen! Das klingt aufregend!“

„Wir waren dabei, Zement in Bassin auszuladen, um das Stadion zu erbauen, welches die Armee den Franzosen zum Geschenk darbringen wird, in Sklavensarbeit erbaut, wie die Pyramiden.“

„Ach, Bassin, wo Balzac gewohnt hat. Haben Sie kein Haus gesehen?“

„Ein Junge war da, der arbeitete mit mir. Ohne ihn hätte ich es vielleicht nie getan. . . Ich war vollkommen niederge-

„Oh, das war es nicht,“ erwiderte Andrews voller Verzweiflung. „Ich liebe die Menschen, die Sie gemeines Volk nennen. Die Unterschiede zwischen den Menschen sind so gering. . .“ Er sprach seinen Satz nicht zu Ende. Er blieb unruhig auf seinem Sitz und hatte Angst, er werde schlafen. Er bemerkte die Unruhe des Revolvers in seiner Tasche.

„Aber können Sie es nicht etwas tun? Sie haben doch Freunde!“

brach Genevieve aus. „Man hat Sie ersticklich ungerührt behandelt! Man kann es doch wieder einrenken, und Sie werden dann richtig demobilisiert! Man wird doch einsehen, daß Sie ein Mensch von Intelligenz sind! Man kann Sie doch nicht behandeln wie irgendeinen K-Belastigten!“

„Ich muß schon, wie Sie selbst sagen, ein wenig verrückt sein, Genevieve,“ sagte Andrews. „Aber jetzt, nachdem ich, obgleich nur langsam, einen Schritt vorwärts, der menschlichen Freiheit entgegengetan habe, kann ich nicht mehr so handeln, wie Sie mir vorkommt. . . vielleicht bin ich ein Narr. Aber ich bins einmal, Genevieve.“

Er sah, den Kopf auf die Brust geneigt, die Hände fest um den Bordrand des Bootes klammernd. Nach einer langen Weile sagte Genevieve mit trockener, kleiner Stimme:

„Wir müssen jetzt nach Hause gehen, es ist Zeit zum Tee.“

Andrews schaute auf. Eine Libelle lag auf der Spitze eines Schilfrohres mit übrigem Stängel und einem langen, schmalen Körper.

„Sehen Sie einmal dort hin, Genevieve.“

„Oh, eine Libelle! Es gab doch einmal ein Volk, das in ihm das Symbol des Lebens sah! Waren es nicht die Ägypter? Oh, ich habe es ganz vergessen.“

Fortsetzung folgt

an den Dirigenten nicht unwesentliche Anforderungen stellt. Es sei aber gern bezeugt, daß Herr Kapellmeister Paul Wella vom Stadttheater Prag die Oper sicher, kraftvoll und mit temperamentvoller Belebung (die gelegentlich die Ansbereitungen etwas störend werden ließ) dirigierte — in dem Geleise, in dem sie immer gehen, es wäre ja auch kaum ratsam und lohnend, hier von der Tradition abzuweichen. Fräulein E. Döhles schöne und klangvolle Stimme erkreute wieder ihre zahlreichen Verehrer, dem Spiel ihrer Santuzza wird die Künstlerin noch mehr vertiefte Dramatik geben können. Den Turiddu sang der neu verpflichtete Herr Paul Wella mit gutem Erfolg; die Stimme zeigt Wärme, auch lyrische Weichheit, wirksam unterstützt durch die Sicherheit und durch den Wohlmaß des Sängers und Darstellers. Die lebenswahre Gestalt war wohl der prächtige Nijo des Herrn J. Brohaska.

Als Bajazzo fand Herr Heimberg ergreifende Töne und nied. in der Darstellung das schlicht Menschliche betonend, Ueberheigerung des Pathos; um so kräftiger ließ er die vollen Register seiner Stimme erklingen.

Fräulein Johanna Störbed (Medda) verdiente den Beifall, den man ihrer sorgfältig gearbeiteten Leistung sollte; in das Komödienstück trug sie mitunter etwas konventionelle Darstellung seine Einzelheiten. Freilich heißt die Stimme keine allzu große dramatische Macht und bedurfte in der tiefen Lage der Anstrengung, um sich dem Orchester gegenüber zu behaupten. Herr Brohaska erlangt sich zugleich mit dem packend vor-

getragenen Biolog den herzlichsten Beifall der Hörer. Die Herren Kopp und Harimann vervollständigten den guten Eindruck der Aufführung. Die heutzige Leistung war der Sorgfalt des Herrn Kurt Daum anvertraut.

### Wetterbericht.

(Von der Landwirtsch. Wetterwarte in Mülh.)

19. August: Bismäßig kühl, starkwolkig bis trübe, frühe bis harte SW-Winde, meist nebelartige, nur im S. und SW vereinzelte Regenschauer. Stellenweise Gewitter. — 20. August: Bismäßig, im S.-R. zeitweise aufklarend und sonnig, im N.-O. bewölkt, hällige, lebhaft N. und NW-Winde, Temperatur erhöht. Im NW, N und NO später öftere Regenschauer. Im übrigen vorwiegend trocken. — 21. August: Wärmer, wechselnd bewölkt, im S.-R. zeitweise heiter und trocken; im übrigen bei lebhaften NW-Winden vereinzelte, kurze Regenschauer. (Schlesw.-Holst., N.-Hannover.) — 22. August: Sonnig bis heiter, mäßige NW- bis NO-Winde, Temperatur erhöht; trocken im ganzen Bereich. — 23. August: Tags mäßig warm, niefach heiter, mäßige NO- bis Ost-Winde, Temperatur steigend, trocken, bei schwachen nördlichen Winden. Im SW und W. beginnende Gewitterneigung. — 24. August: Schül, zunächst noch teilweise heiter, später starkwolkig, stark aufziehende SO- bis NW-Winde, verbreierte Regenschauer und Gewitter. Starke Abkühlung.

### Sport.

Morgen, den 19. August, findet auf dem Kaiserwäldchen das Austragen der Vereinsmeisterschaften vom B.S.B. „Vorwärts“ statt. Morgens 9 Uhr werden die B.S.B.er Sportler auf dem Platz treten und sich messen in einem Fünfkampf und Einzelkämpfen; u. a. Dreifprung, Balltreiben, 100-, 200-, 400-Meter, Mollau um. Nachmittags ab 2.30 Uhr finden statt: 2 Fußballspiele, Rüditz Ia (Kreismeister) gegen B.S.B. Ia und B.S.B. II gegen B.S.B. IIa (Meister der 2. Kl.), 1 Schlagballspiel, Rüditz Ia (Kreismeister) gegen B.S.B. Ia. Hierzu folgen 2 Staffettenläufe und zwar eine 4 x 100 Meter und eine Schwedenstaffel, wozu sämtliche Sportvereine eingeladen sind. Also wird man spannende Momente sehen und jeder wird sein Bestes hergeben. Hierzu laden wir alle Angehörigen der Arbeiter-Sportbewegung herzlich ein. (5464)



die beste Milch-Schokolade

(5448)

### Amstlicher Teil

## Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise.

Laut Beschluß des Verwaltungsrates vom 2. August werden vom 4. August ab die Berechnungspreise für Gas, Elektrizität und Wasser nachstehend entsprechend den deutschen Maßstäben festgelegt und erhöht. Demgemäß betragen ab 19. August die Berechnungspreise für

- I. 1 cbm Gas . . . . . Mk. 80,000
- II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom . . . . . 250,000
- 1 „ Kraftstrom . . . . . 132,000
- III. 1 cbm Wasser

- A. in Lübeck:
  1. für Haushaltungszwecke . . . . . Mk. 48,000
  2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverbrauch . . . . . 98,000
- B. in Travemünde . . . . . 96,000

- IV. für Wasser nach heizbaren Räumen monatlich:
  1. Häuser mit Leitungen . . . . . Mk. 78,000
  2. Häuser ohne Leitungen . . . . . 82,000

Bei Ueberbrückung der Zahlungskraft von 5 Tagen ist ein Zuschlag zur Rechnung von 2000 Mk. für jede angefallenen 100,000 Mk. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 180,000 Mark zu zahlen.

Die Städtischen Betriebe.

### Betreten der Ländereien.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit verordnet das Polizeiamt für das Staatsgebiet der freien und Hansestadt Lübeck folgendes:

In der Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ist das Betreten von Ob- und Gemüsegärten oder von Feldern, die mit Kartoffeln oder Gartenfrüchten bestellt sind, verboten.

Uebertretungen werden mit Geldstrafe bis zu Mk. 1000,00, oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Das unbefugte Betreten der bezeichneten Ländereien während der Tageszeit wird nach den Polizeiverordnungen und der polizeilichen Verordnung vom 1. 5. 1922, betr. den Ausweisungsweg der Gartenbesitzer, bestraft.

Verbot zum Betreten der Ländereien ist demjenigen, der sich durch keinen Nachweis oder sonstige schriftliche Erklärung des Grundeigentümers über seine Berechtigung ausweisen kann oder sich in Besetzung einer so ausgewiesenen Person befindet.

Der Nachweis ist einem Polizeibeamten, oberpolizeilichen Feldhüter oder auf Verlangen vorzuzeigen.

Die Polizeibehörden sind angewiesen, unachtsamlich jeden Fall von Uebertretung zur Anzeige zu bringen, damit die Täter zur strengen Bestrafung gebracht werden. (5453)

Lübeck, den 15. August 1923.

Das Polizeiamt.

### Brotverorgungsabgabe.

Abgabepflichtige, die mit der Zahlung der Brotverorgungsabgabe noch im Rückstand sind, werden hiermit aufgefordert, bis zum 25. August 1923 die Zahlung zu leisten, widrigenfalls ohne weitere Mahnung sofortige Zwangsverhaftung eintritt.

Lübeck, den 15. August 1923.

Finanzamt Lübeck.

### Invalidentversicherung.

Vom 20. August ab treten — unter Vorfall der Lohnlisten I bis 12 — die Lohnlisten 13 bis 29 mit weitestgehend erhöhten Beitragssätzen in Kraft.

Die Abgrenzung der einzelnen Lohnlisten und die Höhe der Beiträge ist aus dem am Schalterkasten der Lohnlistenliste und der Lohnlisten beifolgenden Aufschlag sowie in unserer Ausschüttungsliste, Kassenbuchauszüge 52—57, zu erfahren. Dem werden auch neue Beiblätter unentgeltlich beifolgt. (5472)

Der Vorstand

der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte.

Sielafeldt.

### Korrekturen

auf den nächsten Zenerungszeitung

werden an entsprechende Stellenbeholdungen und Druckvermittlungen gesandt. An entsprechende Stellen an den Verlagsstellen:

- A.-B.: Montag, den 21. 8., vorm. 9.30—11 Uhr.
- F.-J.: Montag, den 21. 8., nachm. 1.30—5 Uhr.
- K.-R.: Dienstag, den 21. 8., vorm. 9.30—11 Uhr.
- S.-Z.: Dienstag, den 21. 8., nachm. 1.30—5 Uhr.

in Zimmer 13. (5459)

Die Anzeigensätze an beiden Vormittagen in Nummer 13.

Lübeck, den 15. August 1923.

Der Verlagsdirektor.

### Die Kollgeldfrage der Hellanitäten

wurden vom 21. August d. J. ab um ca. 250 Prozent erhöht. Höheres in den Geschäftszimmern des Allgemeinen Krankenhauses und der Heilanstalt Emden. (5447)

### Nichtamtlicher Teil

Am 15. August verschied der

Maschinenarbeiter

Gottlieb Conrad.

Herr Conrad, Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Schärfte & Co.

sowie Angestellte und Arbeiter der Firma.

5457

### Magerteil

Schöne volle Körperformen durch unser

„Resona“ Kraftpulver

in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pf. Zunahme. Garantie unerschütterlich. Wirklich empfohlen. Streng reell!

Viele Dankbriefe. Preis 4 Mark mit Gebr.-Zsm. Nr. 180000. Porto extra.

Alleinige Niederlager: Adler-Apothek.

Lübeck, Ob. Mengstr. 10 5439)

Kaufe laufend jeden

Wochen (5498)

Lumpen Eisen Metalle Papier Felle usw.

Selig L. Cohn, Wahrenr. 62, Telefon 2153.

Johann Rzepinski Erna Rzepinski geb. Kachler (5456) Vermählte.

Lübeck, 18. August 1923.

Verstorben, morgen 1) H. emrich lang. ichm. Kranth. mein lieber Mann meines Sohnes Hermanns Vater, und c. Sohn u. Schwiegervater

Karl Krakau im 24. Lebensjahre. Der Verstorben u. ichm. vermalte u. ferner Frau, Eltern u. Schwiegereltern, sowie alle, die ihm nahe standen. 5497

Frau des Verstorben geb. Kachler, Familie K. Kraus, Familie Th. Krichel.

Verstorben, Montag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

Verstorben, Sonntag nachm. 5 Uhr von der Kapelle aus.

## Konsum-Verein für Lübeck und Umgegend

### An unsere Mitglieder!

Nach einem alten genossenschaftlichen Grundsatz soll der Geschäftsanteil unseres Vereins dem **Wohlwollen** eines gelehrten Arbeiters entsprechen.

Wollen wir die Warenversorgung hinsichtlich der **Menge und Auswahl** verbessern, so müssen wir uns diesem Grundsatz, der vor dem Kriege erfüllt war, wieder nähern.

Wir haben zurzeit einen Geschäftsanteil von Mk. 300 000.—. Dieser Betrag ist gerade ausreichend, um 1 Pfd. Margarine zur Abgabe bereit zu halten. Man liege die Dinge aber so, daß es noch viele Mitglieder gibt, die noch nicht einmal diesen Betrag voll eingezahlt haben. Wir richten daher **erneut** die Bitte an unsere Mitglieder, den Geschäftsanteil **in voller Höhe** bis Ende dieses Monats einzuzahlen.

Erwerbslose, Rentner usw. werden bei uns jedes mögliche Entgegenkommen finden, falls sie den Wunsch auf Sämdung der Einzahlung des Geschäftsanteils an uns richten. Wer aber voll in Arbeit steht, muß seine Pflicht dem Konsumverein gegenüber erfüllen, damit wir hinsichtlich der Warenbeschaffung den Wünschen unserer Mitglieder nachkommen können. Die Gefahren der **Trübsalbildung** werden immer größer. Mögen daher **alle** Verbraucher diese Gefahr erkennen und nach besten Kräften zur Stärkung unserer Genossenschaftsbewegung beitragen.

Hunderttausende von Mark, wahrscheinlich aber in Zukunft Millionen, kann der Verbraucher durch Dedung seines Bedarfs durch unseren Konsumverein in einer einzigen Woche eripaten. Wer noch kein Mitglied ist, mache sich baldigst, da wir wegen Ablauf des Geschäftsjahres, wahrscheinlich im nächsten Monat keine neuen Mitglieder aufnehmen. Das Eintrittsgeld beträgt zurzeit noch Mk. 10 000 und der Geschäftsanteil Mk. 500 000. Der Geschäftsanteil bleibt Eigentum des Mitgliedes und wird bei Austritt zurückgezahlt.

Aus unserer wirtschaftlichen Not können wir nur durch Selbsthilfe herauskommen. Darum nochmals, **stärkt die Genossenschaftsbewegung.**

5485

Der Vorstand.

Der Hebammenverein der Provinz Lübeck macht hiermit bekannt, daß der zur Geburt angenommenen und nicht abbestellten Hebammen die Umgehungsgebühr zu zahlen ist.

Dann wird bekannt gemacht, daß die Gebühr gleich nach Schluß der Behandlung zu entrichten ist.

Bei Zahlungsverzögerung wird der Beitrag unter Erhöhung der Rechnung der Geldentwertung entsprechend durch die Rechtsabteilung des Hebammenvereins kostenpflichtig eingezogen. (5458)

### Der Hebammenverein der Provinz Lübeck.

(5450)

### In Dr. Unblatigs Sprechstunde.

(Aufheben) 9. (Fortsetzung folgt)

Was, schneiden soll ich Ihnen das Hühnerauge? Ja, junger Herr, wissen Sie denn nicht, daß man das nicht mehr tut? In der Schule müßten Sie doch schon den Vers gelernt haben: „Hühneraugen klein und groß, wirst durch Kukirol Du los.“ Schneiden kann sie jeder Hühneraugen-Operateur. Sie können es sogar selbst, wenn Sie eine wunderschöne Blutvergiftung haben wollen, aber ich, Dr. Unblutig und Professor der Kukirologie, beseitige sie nur mit dem in vielen Millionen Fällen bewährten Kukirol. Lassen Sie sich aber nichts anderes in die Hand drücken, sondern achten Sie ausdrücklich auf die Schutzmarke „Hahn mit Fuß“.

Bekommen Sie Kukirol in einem Geschäft nicht, so gehen Sie in das nächste. Binnen drei Tagen werden Sie dann nicht mehr ein so jämmerliches Gesicht machen wie heute, und Sie werden der Liebling des ganzen Personals sein, wenn Sie ihm verraten, wodurch Sie Ihre Hühneraugen so schnell losgeworden sind.

**Fußpflege, Fußpflege,**

das ist, was in Ihrem Beruf not tut. Das dauernde Gehen und Stehen in warmen Räumen mit engem, undurchlässigem Schuhwerk nimmt die Füße furchbar mit. Kaufen Sie sich deshalb auch gleich eine Packung Kukirol-Fußbad mit. Es verhilft das lästige Brennen der Füße, beseitigt außerdem auch Wundlaufen und Schweißgeruch. Lassen Sie sich noch heute die überaus wichtige Broschüre „Die richtige Fußpflege“ gratis und portofrei kommen von der

Kukirol-Fabrik Groß-Salze 457 bei Magdeburg.